



Arbeitsmarkt in Bewegung

Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau, die Arbeitslosenzahl seit Mitte der 2000er Jahre um die Hälfte gesunken – der deutsche Arbeitsmarkt hat sich längerfristig eindrucksvoll entwickelt. Allerdings ist die Arbeitswelt im Umbruch: Viele Unternehmen suchen angesichts des Fachkräftemangels händeringend nach Mitarbeitern, mit denen sie den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft bewältigen können. Und auch Arbeitsformen und -orte wandeln sich. So hat der Trend zum mobilen Arbeiten zahlreiche Co-Working-Spaces entstehen lassen.

—> [Seiten 2-5](#)

Spanien

Am 23. Juli finden in Spanien vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die künftige Regierung steht vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen.

—> [Seite 6](#)

Öffentliche Investitionen

Der deutsche Staat hat seit Jahrzehnten unterm Strich nicht mehr in seinen Kapitalstock investiert – Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sind gefährdet.

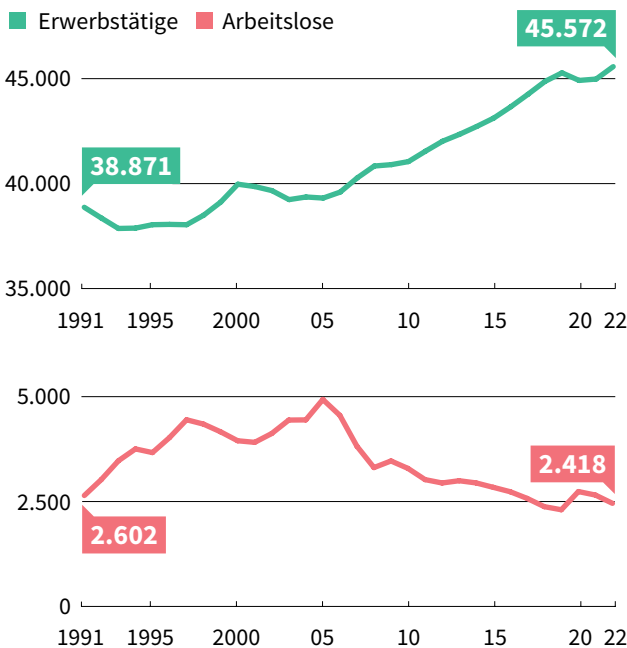
—> [Seiten 10-11](#)

So viele Erwerbstätige wie noch nie

Arbeitsmarkt. Viele Erwerbstätige, wenige Arbeitslose und ein Boom einiger Teilzeitmodelle – für Arbeitnehmer sieht es auf dem deutschen Arbeitsmarkt sehr gut aus. Die Unternehmen haben allerdings mit dem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen.

Erwerbstätigkeit auf Allzeithoch

in Deutschland in 1.000



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Erwerbstätigkeit. Mehr als 45 Millionen Erwerbstätige und nur noch rund 2,3 Millionen Arbeitslose – im Jahr 2019 stand der deutsche Arbeitsmarkt so gut da wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Ein Jahr später machte sich die Coronakrise zumindest leicht bemerkbar. Inzwischen hat sich der Arbeitsmarkt wieder erholt: Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland fast 45,6 Millionen Erwerbstätige.

Erwerbsformen. Der deutsche Aufschwung am Arbeitsmarkt wird oft mit dem Hinweis kleingeredet, es seien hauptsächlich prekäre Arbeitsplätze entstanden, also beispielsweise befristete Stellen und Minijobs. Ein Blick zurück zeigt jedoch: In Deutschland gab es 2022 rund zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte mehr als vor 15 Jahren. Einen regelrechten Boom haben vor allem Teilzeittätigkeiten mit mehr als 20 Stunden erfahren, die Zahl der anderen Teilzeitbeschäftigungen ist seit einigen Jahren leicht rückläufig. Diese Teilzeitkräfte dazu zu bewegen, ihre Arbeitszeit auszuweiten, ist eine Option, um die Fachkräftelücke zu verkleinern.

Viele arbeiten in Teilzeit

So viele 1.000 Erwerbstätige in Deutschland arbeiteten in diesen Erwerbsformen



	1997	2007	2017	2022
Vollzeit	22.491	20.245	22.086	22.179
Teilzeit über 20 Stunden pro Woche	1.628	2.309	3.671	4.801
Teilzeit unter 20 Stunden pro Woche sowie Minijobs	4.702	7.712	6.965	5.903
Befristete Beschäftigung	1.955	2.752	2.550	2.428
Zeitarbeit	-	616	932	1.079
Selbstständigkeit	3.314	3.838	3.590	3.059

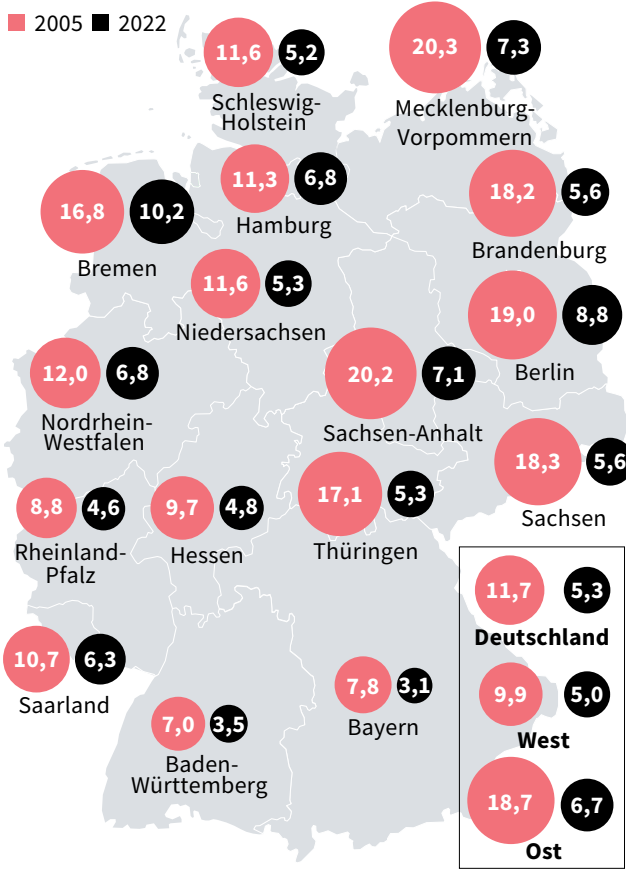
Erwerbstätige: ohne Erwerbstätige, die noch zur Schule gehen, studieren oder eine Ausbildung absolvieren, sowie ohne Wehr-, Zivil- und Freiwilligendienstleistende; teilweise Überschneidungen; Zeitarbeitnehmer 1997: keine Daten verfügbar

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Arbeitslosenquote überall stark gesunken

Arbeitslosenquote in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit © 2023 IW Medien / iwd

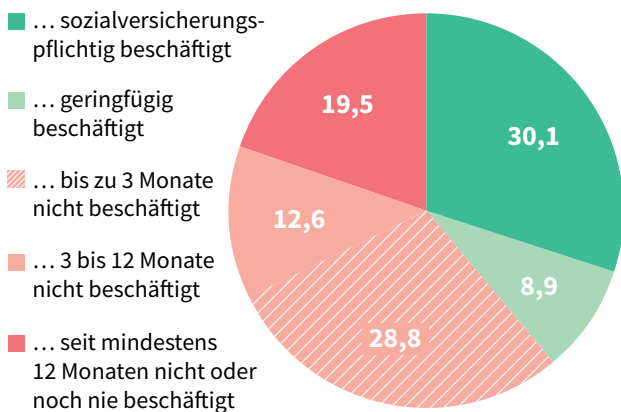


Arbeitslosenquote. Im Jahr 2022 betrug die Arbeitslosenquote in allen Bundesländern mit Ausnahme von Bremen und Berlin weniger als 7,5 Prozent. Im Jahr 2005, in dem die deutschen Arbeitslosenzahlen ihren Höchststand erreicht hatten, lag sie mit Ausnahme von Baden-Württemberg überall darüber – teilweise deutlich. Vor allem die ostdeutschen Bundesländer haben vom Boom auf dem Arbeitsmarkt profitiert: Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland war im Jahr 2022 mit 6,7 Prozent 12 Prozentpunkte niedriger als 2005.



Mit Zeitarbeit aus der Arbeitslosigkeit

So viel Prozent der im ersten Halbjahr 2022 neu eingestellten Zeitarbeitnehmer in Deutschland waren zuvor ...



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt © 2023 IW Medien / iwd



Zeitarbeit. Zeitarbeit ist keine Arbeit zweiter Klasse, sondern eine vollwertige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit vollem Kündigungsschutz, Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Für die Unternehmen bedeuten Zeitarbeitnehmer in erster Linie Flexibilität, weil sie helfen, Engpässe zu überbrücken und bei dünnerer Auftragslage – wie es sie in vielen Branchen im Zuge der Coronakrise gab – betriebsbedingte Kündigungen der Stammbeslegschaft zu verhindern. Arbeitslosigkeit zu beenden oder zu vermeiden sind auch für Zeitarbeiter die zentralen Motive, diese Art der Beschäftigung zu wählen.

Neue Aufgaben, altes Problem

Arbeitswelt. Mit der Dekarbonisierung verändern sich auch die Berufsbilder. Die Unternehmen in Deutschland handeln bereits, doch der Fachkräftemangel hemmt die Bemühungen. Die EU will grenzübergreifend helfen.

Bis zum Jahr 2045 will Deutschland CO₂-neutral sein. Um die Energiewende umzusetzen, braucht es entsprechend ausgebildete Arbeitskräfte. Schließlich sind dafür neue Fähigkeiten gefragt – Kfz-Mechatroniker müssen Elektroautos warten und reparieren, Dachdecker Solar-dachziegel installieren und Hochbaufacharbeiter Gebäude energieeffizient isolieren und dämmen können.

Solche sogenannten Green Skills werden immer wichtiger: Laut einer IW-Befragung von 744 Unternehmen in Deutschland von April bis Juni 2022 erwartet knapp die Hälfte von ihnen, dass ihre Mitarbeiter aufgrund des ökologischen Wandels bis 2025 zusätzliche Kompetenzen benötigen. Etwa jeder fünfte Betrieb geht sogar davon aus, dass völlig neue Jobs entstehen werden. Um die Belegschaft fit für die neuen Aufgaben zu machen, ergreifen die Firmen verschiedene Maßnahmen (Grafik):

Fast 60 Prozent der Unternehmen statten ihre Mitarbeiter betriebsintern mit den benötigten Green Skills aus, 45 Prozent vermitteln die Kompetenzen bereits im Rahmen der Ausbildung.

Ebenfalls fast 45 Prozent schulen ihre Angestellten um. Lediglich gut jedes vierte Unternehmen stellt zielgerichtet passende qualifizierte Fachkräfte neu ein. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Aufgrund des akuten Fachkräftemangels haben die Betriebe Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen zu besetzen. Rund 60 Prozent der Unternehmen sehen sich in ihren Bemühungen, nachhaltiger zu werden, durch den Fachkräftemangel gehemmt.

Damit die Arbeitskräfteengpässe die Energiewende nicht ausbremsen, gilt es gegenzusteuern – und das grenzüberschreitend, schließlich beschränkt sich das Problem nicht nur auf Deutschland. Das belegt eine EU-weite Befragung von rund 13.000 Unternehmen durch die Europäische Investitionsbank von April bis Juli 2022:

Für 61 Prozent der Unternehmen in der EU waren die fehlenden qualifizierten Arbeitskräfte 2022 ein Investitionshemmnis – eine Zunahme von fast 25 Prozentpunkten gegenüber 2016.

In Deutschland war der Wert für 2022 mit fast 75 Prozent allerdings überdurchschnittlich hoch.

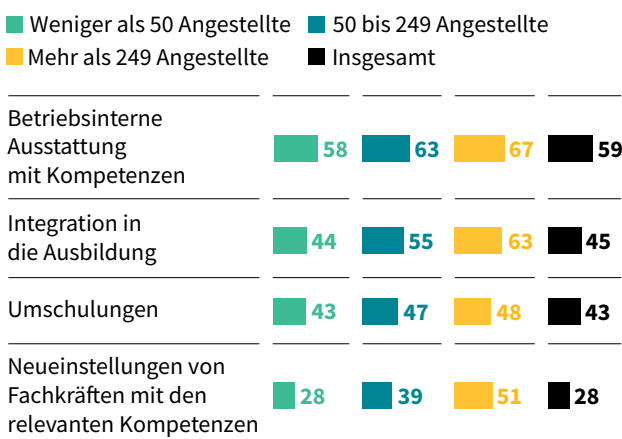
Die EU-Kommission hat deshalb – beginnend am Europatag, dem 9. Mai 2023 – das Europäische Jahr der Kompetenzen ausgerufen. Die Initiative soll Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung in ganz Europa aufzeigen und dabei helfen, dem Fachkräftemangel mit gebündeltem Wissen und Erfahrungswerten zu begegnen.

Ein intensiverer Austausch zu regionalen und nationalen Erfolgsrezepten ist auch für Deutschland eine Chance. Die Bundesregierung sollte ausloten, was praktisch umsetzbar ist. Dazu könnte sie sich beispielsweise etwas von Estland anschauen. Das Land modernisiert seit Beginn der Energiekrise intensiv Berufs- und Hochschulbildungsprogramme, unterstützt den Austausch zwischen Unternehmen und Bildungsinstitutionen und fördert mit Staatsgeldern Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die Green Skills vermitteln.

Green Skills: Unternehmen setzen auf Maßnahmen-Mix



So viel Prozent der Unternehmen reagieren auf veränderte Kompetenzanforderungen an ihre Mitarbeiter aufgrund des ökologischen Wandels mit folgenden Maßnahmen



Green Skills: Kompetenzen und Fähigkeiten für den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft; Befragung von 744 Unternehmen von April bis Juni 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Externe Bürogemeinschaft

Arbeitswelt. In Co-Working-Spaces arbeiten Beschäftigte aus verschiedenen Unternehmen sowie Freiberufler und Selbstständige Tisch an Tisch. Zwar ist diese Variante des mobilen Arbeitens in Deutschland noch nicht stark verbreitet, aber es gibt immerhin gut 2.100 Co-Working-Spaces im Land. Die Gruppe der Nutzer ist heterogen.

Mobiles Arbeiten – das heißt für viele Homeoffice. 70 Prozent der Unternehmen in Deutschland bieten ihren Mitarbeitern diese Option auch nach der Coronapandemie. Weniger verbreitet ist dagegen die Variante des Co-Working. Dabei lassen sich einzelne Arbeitsplätze in Bürogebäuden mieten. Firmenübergreifende Zusammenarbeit und ein persönlicher Austausch mit anderen sind einige der Pluspunkte.

In Deutschland gibt es Stand Mai 2023 gut 2.100 dieser Bürogemeinschaften. Die meisten Co-Working-Spaces sind in den Metropolen zu finden. Umgerechnet auf die Beschäftigtenzahl ergibt sich aber ein anderes Bild (Grafik):

Heidelberg liegt mit rechnerisch 30 Co-Working-Spaces je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf Position eins.

Nach Düsseldorf auf Rang zwei folgen mit Speyer und Darmstadt zwei weitere mittelgroße Städte.

Die Bürogemeinschaften für jedermann lassen sich anhand sozioräumlicher Indikatoren in vier Typen unterscheiden – jedoch nicht trennscharf:

- Der „Working Place“ dient in erster Linie dem Arbeiten. Ihn nutzen vor allem Auspendler – also Beschäftigte, die beispielsweise aus Ballungszentren zur Arbeit in eine andere Stadt oder ins Umland fahren.
- Der „Transition Place“ besticht durch gute Erreichbarkeit und

spricht vor allem Einpendler an Hauptpendelstrecken an.

- „Third Places“ liegen meist zentral in Städten. Berufstätige nutzen ihn auch als Begegnungsstätte.
- „Living Spaces“ finden sich eher in ländlichen Regionen. Der Standort dient temporär oder dauerhaft zugleich als Wohn- und Arbeitsort.

Ein tieferer Blick in die Daten offenbart, dass „Working Places“ eher in Kreisen rund um Ballungszentren zu finden sind. Zudem beheimaten 35 Kreise und kreisfreie Städte Bürogemeinschaften, die sowohl als „Working Place“ als auch als „Transition Place“ bezeichnet werden können.

Den größten Anteil haben aber die „Third Places“. Annähernd 1.100 Co-Working-Spaces sind dieser Kategorie zuzuordnen. „Living Places“ bilden mit 1 Prozent eher die Ausnahme.

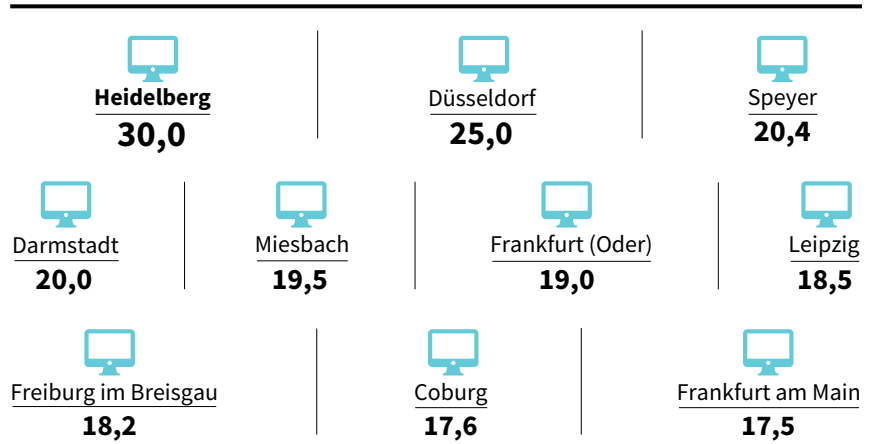
Stark verbreitet ist das Co-Working insgesamt noch nicht. Nur 11 Prozent der Unternehmen in Deutschland gestatten ihren Beschäftigten diese Form des mobilen Arbeitens.

IW-Kurzbericht 46/2023

Henry Goecke, Oliver Stettes: Co-Working Spaces – die terra incognita des mobilen Arbeitens
iwkoeln.de/co-working

Co-Working-Spaces: Hier gibt es die meisten

Zahl der Co-Working-Spaces je rechnerisch 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am selben Ort



Erfassung Co-Working-Spaces: Mai 2023

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Google Maps, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

Flucht nach vorn

Spanien. Am 23. Juli wählt Spanien ein neues Parlament – rund fünf Monate vor dem regulären Wahltermin. Mit dem vorgezogenen Urnengang reagiert der amtierende Regierungschef Pedro Sánchez auf die Niederlage seiner Partei bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai.

Würde allein die wirtschaftliche Lage die im Juli anstehenden Wahlen in Spanien entscheiden, müssten sich die regierenden Sozialisten um Pedro Sánchez wenig Sorgen machen. Die Inflation in Spanien ist nach ihrem Hoch im vergangenen Jahr enorm gesunken und war im Mai mit 2,9 Prozent eine der niedrigsten in der EU. Außerdem verzeichnete das Land unter Sánchez ein beträchtliches Wirtschaftswachstum (Grafik):

Im Jahr 2022 legte das spanische Bruttoinlandsprodukt um 5,5 Prozent zu – das Wachstum lag damit deutlich über dem EU-Schnitt von 3,8 Prozent.

Haupttreiber dafür waren die zurückgekehrten Touristen und eine boomende Baubranche.

Warum also die vorgezogene Wahl? Der Grund ist die eindeutige Niederlage des regierenden Linksbündnisses um Sánchez' sozialistische Partei Partido Socialista Obrero Español (PSOE) bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai dieses Jahres. Dort gewann die konservative Volkspartei Partido Popular (PP) viele Stimmen – sowohl in den autonomen Gemeinschaften Spaniens, die den deutschen Bundesländern entsprechen, als auch in vielen der insgesamt rund 8.100 Kommunen. In zehn autonomen Gemeinschaften, in denen abgestimmt wurde, regierte bis dato die PSOE, sechs davon verlor sie an die PP. Auch das als Hochburg der Sozialisten bekannte Sevilla fiel in die Hände der PP.

Von dem Wahlergebnis unter Druck gesetzt trat Sánchez mit der vorgezogenen Wahl die Flucht nach vorn an und warnt seither vor einem Rechtsruck. Mit Themen wie Gleichstellung oder der Besteuerung großer Unternehmen versucht er, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren.

Sein erstarkter Konkurrent Alberto Núñez Feijóo setzt mit seiner PP indes auf weniger Sozialpolitik. Im Gegenteil: Er möchte die staatlichen Ausgaben zurückfahren und die von Sánchez neu geschaffenen Ministerien – darunter das Ministerium für Integration, Soziale Sicherheit und Migration – wieder abschaffen. Ebenfalls im Programm steht, die Erbschaftsteuer zu streichen und in einigen von der PP beherrschten 17 autonomen Regionen und Städten auch die Vermögensteuer.

Die sonst im Wahlkampf heiß diskutierte Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens sind vorerst in den Hintergrund gerückt. Die Herausforderungen im Land sind andere: hohe Arbeitslosigkeit, ein geschwächtes Gesundheitssystem und die spürbaren Folgen des Klimawandels – allen voran der Wassermangel. All diese Probleme muss die neue Regierung bewältigen.

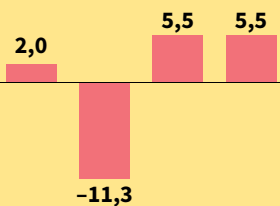
Spanien in Zahlen



2019 2020 2021 2022 2019 2020 2021 2022

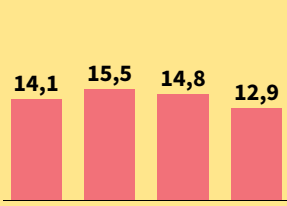
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



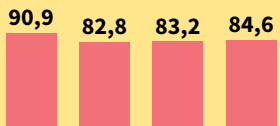
Arbeitslosenquote

in Prozent



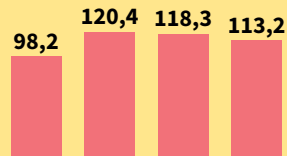
BIP je Einwohner

um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-27 = 100



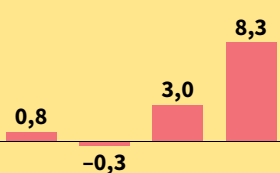
Schuldenstand

in Prozent des BIP



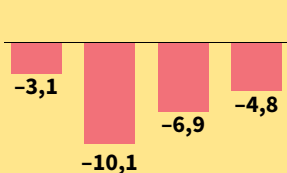
Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Haushaltssaldo

in Prozent des BIP



Büffeln mit Baby

Studium. Jeder 13. Studierende in Deutschland hat bereits ein oder mehrere Kinder. Da der Nachwuchs oft noch klein ist und deshalb intensiv betreut werden muss, studieren viele Eltern in Teilzeit und an einer privaten Hochschule. Doch es gibt auch eine Reihe an Unterstützungsangeboten für studierende Eltern.

Die im Mai 2023 veröffentlichte 22. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks hat die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden erfasst. Gefragt wurden die rund 180.000 angehenden Akademiker nicht nur nach ihrer Wohnsituation, ihren Finanzen, ihren Elternhäusern und bestehenden Partnerschaften, sondern auch nach vorhandenem Nachwuchs (Grafik):

Im Sommersemester 2021 hatten fast 8 Prozent der in Deutschland immatrikulierten Studierenden ein oder mehrere Kinder.

Studentinnen haben mit 9,2 Prozent deutlich häufiger Nachwuchs als Studenten, von denen 6,5 Prozent Väter sind.

Fast zwei Drittel der Kinder von Studierenden sind noch nicht schulpflichtig, gut 27 Prozent höchstens ein Jahr alt. Da der Betreuungsbedarf entsprechend groß ist, studieren viele ihrer Mütter und Väter in Teilzeit:

Mehr als die Hälfte der Hochschülerinnen und Hochschüler mit Kind studiert in Teilzeit.

Dies ist besonders gut an privaten Hochschulen möglich, die ein deutlich größeres Angebot an berufsbegleitenden und Fernstudiengängen haben als staatliche Hochschulen. So verwundert es nicht, dass Studierende mit Kindern rund doppelt so häufig an privaten Hochschulen eingeschrieben sind (14,9 Prozent) wie kinderlose (6,4 Prozent).

Und wie sieht es in Sachen Beziehung aus? Während weniger als 10 Prozent der kinderlosen Studentinnen und Studenten verheiratet sind, trifft dies auf 69 Prozent derjenigen mit Nachwuchs zu. Weitere knapp 21 Prozent leben in einer Partnerschaft und fast 11 Prozent sind alleinstehend. Von den Studentinnen mit Kind sind knapp 17 Prozent alleinerziehend, von den studierenden Vätern nur rund 3 Prozent.

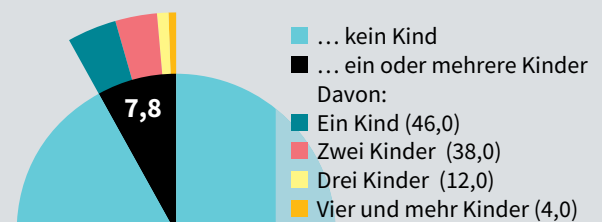
Wer Bafög bezieht, erhält für jedes im Haushalt lebende Kind unter 14 Jahren zusätzlich einen Kinderbetreuungszuschlag von 160 Euro im Monat, der nicht zurückgezahlt werden muss. Und bei der Betreuung der

Kleinsten helfen die Studierendenwerke, die bundesweit mehr als 180 Kindertagesstätten mit gut 9.100 Plätzen in direkter Campuspnähe betreiben.

Und auch beim Auslandsstudium gibt es Kinder-support: Im Rahmen des Erasmus+-Programms haben Studierende mit Kind Anspruch auf eine Zusatzförderung von 250 Euro im Monat. Alternativ können auch Realkostenanträge gestellt werden, die die auslandsbedingten Mehrkosten aufgrund der Mitnahme eines oder mehrerer Kinder abdecken sollen – beispielsweise die kindbedingten Kosten der An- und Abreise, der Miete sowie Betreuungskosten und Schulgeld an staatlichen Einrichtungen. Dafür stehen je Förderberechtigten bis zu 15.000 Euro pro Semester zur Verfügung. Seit Oktober 2022 wurden immerhin neun solcher Anträge von der Nationalen Agentur im Deutschen Akademischen Austauschdienst für im Ausland Studierende mit Kind bewilligt, das Gesamtvolumen dafür belief sich auf 68.000 Euro.

Studierende mit Kind: Mehr als die Hälfte hat mehr als eins

So viel Prozent der Studierenden in Deutschland hatten im Sommersemester 2021 ...



Befragung von annähernd 180.000 Studierenden an 250 Hochschulen in Deutschland

Quelle: Deutsches Studierendenwerk
© 2023 IW Medien / iwd

Wissen heißt vorsorgen

Alterssicherung. Die Bundesbürger sind über einige Aspekte des Rentensystems recht gut im Bilde, teils gibt es aber deutliche Wissenslücken. Und wer sich nicht so gut auskennt, stellt seine Altersvorsorge in der Regel weniger breit auf. Es braucht demnach mehr Informationen zum Thema Alterssicherung – vor allem für die jüngere Generation.

Seit 2001 ist die gesetzliche Rente nicht mehr darauf angelegt, den Lebensstandard eines zuvor Erwerbstätigen zu sichern. Die Bundesbürger sollen also ergänzend über den Betrieb, in dem sie arbeiten, oder privat für das Alter vorsorgen.

Um dies sinnvoll tun zu können, sollten die Menschen gut über das Thema Rente Bescheid wissen. Inwieweit dies der Fall ist, lässt sich aus den Ergebnissen der IW-Personenbefragung ableiten. Darin waren unter anderem vier Fragen rund um

die Alterssicherung enthalten. Die Antworten sind nur teilweise erfreulich. Immerhin wussten 40 Prozent der Befragten, dass das reguläre Renteneintrittsalter bis 2031 auf 67 Jahre steigt. Anders gewendet (Grafik):

Reiht man alle Antworten nach dem genannten Wert, traf die mittlere – der sogenannte Median – genau die korrekten 67 Jahre.

Ebenfalls oft nahe am richtigen Wert waren die Antworten auf die Frage nach dem aktuellen Beitrags-

satz in der gesetzlichen Rentenversicherung (18,6 Prozent) – der Median lag bei 18 Prozent. Allerdings war die Streuung hier deutlich größer – jeweils ein Viertel der Befragten nannte Werte von weniger als 12 und mehr als 20 Prozent.

Häufig daneben lagen die Bundesbürger bei der Frage, mit wie vielen weiteren Lebensjahren eine heute 65-jährige Frau beziehungsweise ein 65-jähriger Mann im Durchschnitt rechnen kann:

Im Mittel meinten die Befragten, dass eine heute 65-Jährige in Deutschland voraussichtlich 81 Jahre alt werden wird – tatsächlich liegt ihre statistische Lebenserwartung aber bei gut 86 Jahren.




Ähnlich deutlich unterschätzten die Befragungsteilnehmer die weitere Lebenserwartung des männlichen 65-Jährigen.

Ein näherer Blick auf die Befragungsdaten zeigt, dass die über 50-Jährigen die Fragen nach dem Beitragssatz und der Regelaltersgrenze häufiger korrekt beantworteten als die Jüngeren – jene Jahrgänge also, die sich besonders intensiv mit ihrer Altersvorsorge befassen müssten.

Doch gibt es einen Zusammenhang zwischen Wissen oder Nichtwissen zur Rente und dem Vorsorgeverhalten – ob sich die Befragten also ausschließlich auf die gesetzliche Rente verlassen, zusätzlich auf

Rente: Bundesbürger haben Wissenslücken

So antworteten die Bundesbürger auf folgende Fragen zum Thema Rente

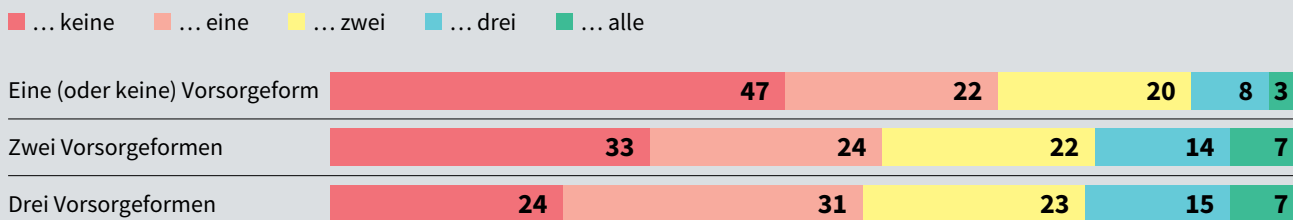
	Durchschnitt	Median	Zum Vergleich: Tatsächlicher Wert
„Wie hoch war der Beitragssatz zur gesetzlichen Rente im Jahr 2022?“, in Prozent	21	18	18,6
„Wie hoch wird die Regelaltersgrenze im Jahr 2031 in Deutschland sein?“, in Jahren	60	67	67
„Welches Alter erreichen Frauen, die heute mit 65 Jahren in Ruhestand gehen, im Durchschnitt?“, in Jahren 	78	81	86,1
„Welches Alter erreichen Männer, die heute mit 65 Jahren in Ruhestand gehen, im Durchschnitt?“, in Jahren 	76	78	82,9

IW-Personenbefragung von 4.898 Bundesbürgern ab 18 Jahren vom 27. Februar bis zum 6. März 2023
Median: Eine Hälfte der Befragten gab einen niedrigeren, die andere Hälfte einen höheren Wert an

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Alterssicherung: Wer mehr weiß, sorgt besser vor

So viel Prozent der Bundesbürger, die in diesem Maße für das Alter vorsorgen, beantworteten von vier Fragen zum Thema Rente ... richtig



Fragen zum Thema Rente beziehen sich auf den aktuellen Beitragssatz, das Renteneintrittsalter im Jahr 2031 sowie die weitere Lebenserwartung von heute 65-jährigen Frauen beziehungsweise Männern;
 Vorsorgeformen: 1. gesetzliche Rentenversicherung oder Beamtenpension, 2. betriebliche Altersvorsorge, 3. private Altersvorsorge;
 keine Vorsorge: Person hat lediglich Anspruch auf die steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter;
 IW-Personenbefragung von 3.075 Bundesbürgern ab 18 Jahren vom 27. Februar bis zum 6. März 2023, ohne Personen in Schule, Ausbildung oder Studium und ohne Personen im Ruhestand

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

eine betriebliche Alterssicherung zählen können und/oder ergänzend mit einer privaten Lebens- oder Rentenversicherung vorsorgen? Die Befragungsdaten geben Aufschluss (Grafik):

Von jenen Befragten, die ausschließlich in die gesetzliche Rente einzahlen, konnten 47 Prozent keine der gestellten Fragen zum Thema Rente korrekt beantworten und lediglich 11 Prozent lagen drei- oder sogar viermal richtig.

Demgegenüber hatten von jenen, die sowohl gesetzlich rentenversichert sind als auch betrieblich und privat vorsorgen, 22 Prozent bei mindestens drei Fragen die korrekte Antwort parat – nur 24 Prozent landeten keinen einzigen Treffer.

Eine tiefere statistische Analyse der IW-Personenbefragung bestätigt, dass das Wissen zum Thema Alterssicherung maßgeblich für das Vorsorgeverhalten ist und nicht etwa andere Faktoren dahinterstecken wie das Geschlecht oder der Bildungsstand der Befragten:

Beantwortet eine Person eine oder zwei der genannten vier Fragen zur Rente richtig, steigt die

Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Altersvorsorge diversifiziert, im Vergleich zu Befragten, die keine richtige Antwort geben, um fast 9 Prozentpunkte.

Bei drei oder vier korrekten Antworten sind es sogar mehr als 15 Prozentpunkte.

Die Daten zeigen darüber hinaus, dass die 35- bis 49-jährigen Befragten ihre Altersvorsorge mit einer höheren Wahrscheinlichkeit streuen als die unter 35-Jährigen. Das ist plausibel, weil sich die Jüngeren in der Regel zunächst im Beruf etablieren und über eine Familiengründung entscheiden, bevor das Thema Alterssicherung in den Vordergrund rückt.

Dennoch besteht – auch mit dem Blick auf die gezeigten Wissensdefizite der unter 50-Jährigen – beim Thema finanzielle Bildung offensichtlich Handlungsbedarf. Die Schule kann zwar ein Wissensfundament legen und ein grundsätzliches Bewusstsein für die Relevanz der Altersvorsorge schaffen. Doch für Jugendliche liegt der Renteneintritt noch in zu weiter Ferne, als dass sie zeitnah Handlungsbedarf sähen. Es geht also darum, Informationen rund

um die Altersvorsorge dann zu vermitteln, wenn die Menschen sich beruflich etabliert haben und finanziell in der Lage sind, die Weichen für die Alterssicherung zu stellen.

Ein wichtiger Akteur kann dabei die Deutsche Rentenversicherung sein. Mit dem regelmäßig verschickten Rentenbescheid und der auf den Weg gebrachten digitalen Rentenübersicht bietet sie Instrumente, die den Bundesbürgern wichtige Fakten zur Altersvorsorge an die Hand geben. Die Politik sollte – statt eine generelle Vorsorgepflicht zu prüfen – versuchen, diese Informationsbasis so auszubauen, dass die Bundesbürger in der Lage sind, ihre Altersvorsorge optimal zu gestalten. Konkret wäre zu überlegen, die Angaben zu den individuellen Rentenansprüchen um Infos zur Entwicklung der Lebenserwartung und zur Funktionsweise des gesetzlichen Rentensystems zu ergänzen.

Aus IW-Trends 2/2023

Ruth Maria Schüler: Die Bedeutung von Wissen um die Alterssicherung für das Altersvorsorgeverhalten in Deutschland
iwkoeln.de/wissen-alterssicherung

Steine des Anstoßes

Öffentliche Investitionen. Wenn der Staat Geld in die Hand nimmt, wirkt sich das unmittelbar positiv auf privatwirtschaftliche Aktivitäten und Investitionen aus. Unterm Strich hat der deutsche Staat aber seit Jahrzehnten nicht mehr in seinen Kapitalstock investiert, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sind in Gefahr.

Mit dem Zug zur Arbeit und während der Fahrt E-Mails beantworten oder in der Cloud arbeiten – in der Theorie klingt das nach einem zeiteffizienten und umweltfreundlichen Plan. Doch in der Realität gibt es in Deutschland gleich mehrere Probleme. Kein flächendeckendes schnelles Internet – gerade auf dem Land – ist eines, massive Verspätungen und Zugausfälle bei der Bahn sind ein weiteres.

Die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur sind Bereiche, in die massiv investiert werden müsste, um den Wohlstand zu sichern. Doch ein Blick in die Daten zeigt:

Schon lange investiert der deutsche Staat unterm Strich nichts mehr in seinen Kapitalstock. Alle Investitionen werden von Kapitalabgängen an anderer Stelle aufgezehrt – also dadurch, dass sich beispielsweise Autobahnstrecken und Eisenbahnbrücken abnutzen oder die Technik in der Breitbandversorgung veraltet.

Deshalb trägt der Staat mittlerweile nichts mehr zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts je Arbeitseinheit, also der Produktivität, bei. Somit ist er mitverantwortlich dafür, dass der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanstieg von

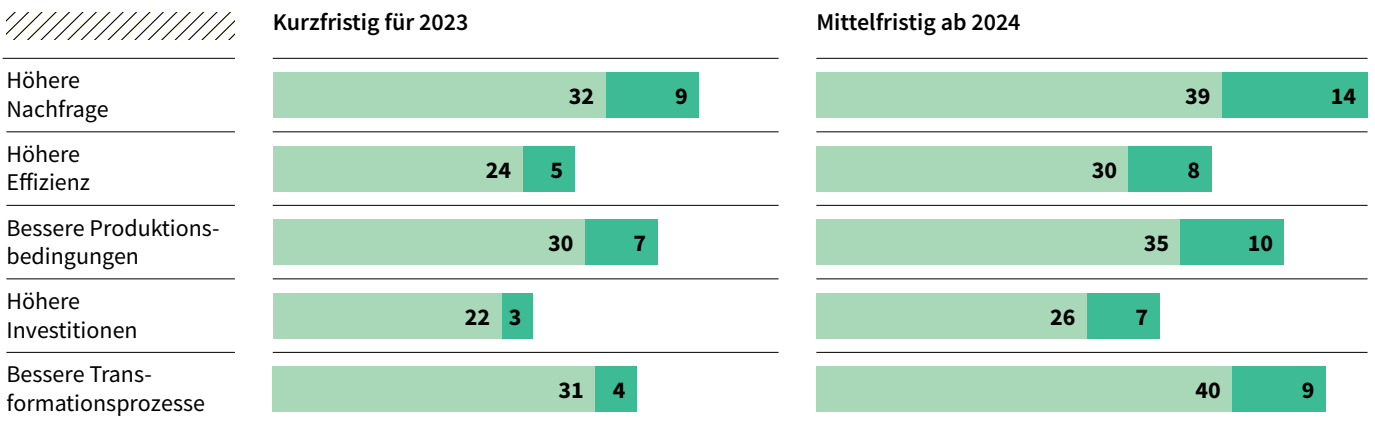
jahresdurchschnittlich 2 Prozent in den 1990er Jahren auf nur noch 0,9 Prozent in der Dekade ab 2010 zurückgegangen ist.

Dieser Trend ist problematisch. Denn es gibt immer weniger Bürger im erwerbsfähigen Alter. Deshalb muss alles dafür getan werden, die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen – zum Beispiel, indem in neue Infrastruktur und Maschinen investiert wird. Diese Investitionen blieben zuletzt fast komplett aus. Und das Beschäftigungswachstum der vergangenen Jahre wurde in keiner Weise von einem Aufbau des Kapitalstocks begleitet.

Staat investiert, Unternehmen profitieren

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten durch höhere staatliche Investitionen diesen ... Effekt auf ihre Geschäftstätigkeit

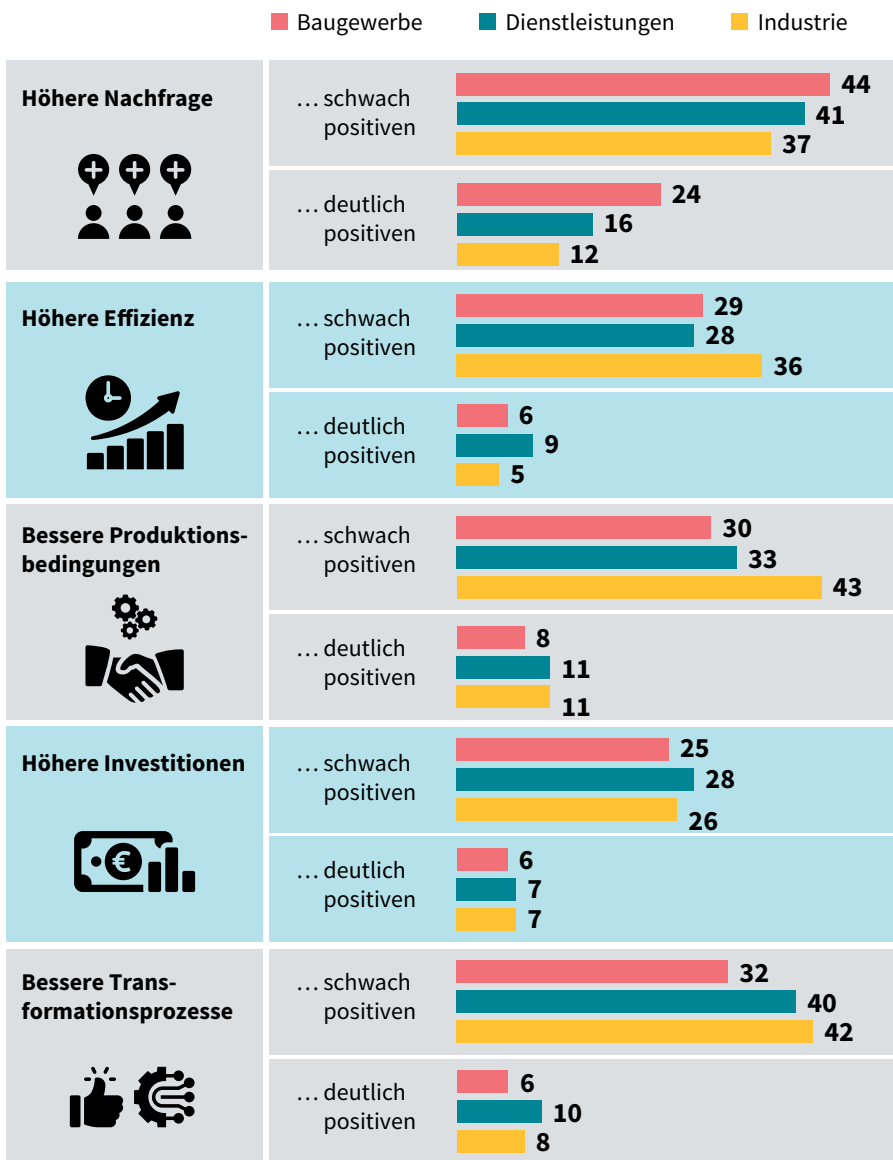
■ ... schwach positiven ■ ... deutlich positiven



Befragung von 2.327 Unternehmen im Frühjahr 2023; Rest zu 100: kein oder negativer Effekt
 Staatliche Investitionen: u. a. Erneuerung und Ausbau des Bahnnetzes, Entwicklung der digitalen Infrastruktur, Modernisierung der Stromnetze;
 Bessere Transformationsprozesse: Maßnahmen, die beispielsweise die Dekarbonisierung und die Digitalisierung voranbringen

Staatliche Investitionen: Damit rechnen verschiedene Branchen

So viel Prozent der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs erwarten ab 2024 diesen ... Effekt auf ihre Geschäftstätigkeit, sollte der Staat mehr investieren



Befragung von 2.327 Unternehmen im Frühjahr 2023; Rest zu 100: kein oder negativer Effekt
 Staatliche Investitionen: u. a. Erneuerung und Ausbau des Bahnnetzes, Entwicklung der digitalen Infrastruktur, Modernisierung der Stromnetze;
 Bessere Transformationsprozesse: Maßnahmen, die beispielsweise die Dekarbonisierung und die Digitalisierung voranbringen
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Dabei gibt es nachweislich kurz- und mittelfristige Effekte, wenn der Staat Geld in die Hand nimmt, um etwa Brücken zu sanieren, Glasfaserkabel zu verlegen oder Schienen zu erneuern:

Kurzfristig erhöhen staatliche Investitionen die Nachfrage und damit die konjunkturelle Dynamik.

Mittelfristig verbessern zielgerichtete staatliche Investitionen das allgemeine Leistungsniveau der Volkswirtschaft. Zudem kann das Staatsgeld dazu führen, dass Firmen bereit sind, (mehr) zu investieren.

Das belegt die IW-Konjunkturumfrage unter 2.300 Unternehmen vom Frühjahr 2023 (Grafik Seite 10):

Kurzfristig geht ein Viertel der Betriebe davon aus, selbst mehr zu investieren, wenn der Staat seinen Kapitalstock erhöht; mittelfristig gilt das sogar für ein Drittel.

Einen besonders starken Effekt staatlicher Investitionen sagen die Unternehmen für die Nachfrage nach eigenen Produkten und Dienstleistungen voraus. Von den Investitionen würden die Betriebe je nach Branche mittelfristig – also ab 2024 – unterschiedlich profitieren (Grafik):

Das Baugewerbe erwartet für sich häufig positive Effekte durch eine höhere Nachfrage nach eigenen Produkten und Dienstleistungen. Industrie und Dienstleistungssektor setzen die Hoffnung indes auf bessere Produktionsbedingungen dank staatlicher Investitionen.

Es sind zudem vor allem große Firmen, die spürbare Effekte staatlicher Investitionen für die eigene Geschäftstätigkeit prophezeien.

All das zeigt, wie wichtig es ist, dass der Staat seinen Kapitalstock aufbaut. Dafür müssten die öffentlichen Investitionen abzüglich der Kapitalabgänge allerdings pro Jahr um rund 45 Milliarden Euro höher ausfallen als derzeit.

Damit im nächsten Schritt die Privatwirtschaft investiert, sollte die Regierung alles tun, um die Standortfaktoren – allen voran die Produktionskosten im internationalen Vergleich – zu verbessern. Darüber hinaus sollte die Politik das Bildungssystem auf Vordermann bringen und für eine herausragende Innovationsinfrastruktur sorgen. Nur so lässt sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigern und die Wettbewerbsfähigkeit wahren.

Aus IW-Trends 2/2023
 Hubertus Bardt, Michael Grömling:
 Wirkungen öffentlicher Investitionen auf Unternehmen in Deutschland – Ergebnisse der IW-Konjunkturbefragung
iwkoeln.de/öffentliche-investitionen

Aderlass am Standort Deutschland

Direktinvestitionen. Im vergangenen Jahr ist per saldo so viel Unternehmenskapital aus Deutschland abgeflossen wie nie zuvor. Auch im internationalen Vergleich der Direktinvestitionsströme steht die Bundesrepublik am schlechtesten da. Die Gründe für den Kapitalverlust sind vielfältig.

Dass die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine durch unterbrochene Lieferketten und steigende (Energie-)Preise viele Volkswirtschaften enorm belastet haben, ist keine neue Erkenntnis. In Deutschland sind in jüngster Zeit die sorgenvollen Stimmen aus vielen und vor allem den energieintensiven Industriezweigen noch einmal lauter geworden (siehe iwd 14/2023). Immer öfter ist von einer drohenden Deindustrialisierung Deutschlands die Rede.

Diese Befürchtungen dürften nicht zuletzt daher rühren, dass das Verarbeitende Gewerbe hierzulande einen überdurchschnittlich hohen Stellenwert hat. Das wird beim Blick auf den Industrie-Dienstleistungsverbund deutlich, der außer dem Verarbeitenden Gewerbe selbst auch den Vorleistungssaldo der ihm zuarbeitenden Dienstleistungsbranchen einbezieht:

Die Wertschöpfung des Industrie-Dienstleistungsverbunds machte in Deutschland im Jahr 2019 – neuere Zahlen liegen nicht vor – fast 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

In fast allen anderen großen Volkswirtschaften war der Anteil deutlich niedriger – in den USA beispielsweise betrug er etwa 12 Prozent, im Vereinigten Königreich sogar nur ungefähr 10 Prozent.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwieweit ein Bedeutungsverlust der Industrie

bislang nur ein Schreckgespenst oder schon Realität ist. Ein gutes Indiz ist die Entwicklung der Direktinvestitionen. Denn hinter dem Zu- und Abfluss von Unternehmenskapital stecken strategische und damit langfristige Entscheidungen. Ein negativer Saldo der Direktinvestitionsströme deutet darauf hin, dass Unternehmen Probleme am betreffenden Standort sehen und deshalb Kapital abziehen.

Die Daten für Deutschland sind insofern äußerst bedenklich (Grafik):

Im vergangenen Jahr überstiegen die Direktinvestitionsabflüsse

aus Deutschland die entsprechenden Zuflüsse um fast 132 Milliarden Dollar – ein Rekordwert.

Schon in den Jahren zuvor – mit Ausnahme des besonders stark von der Coronapandemie geprägten Jahres 2020 – ging viel Firmenkapital verloren. Der Saldo entwickelte sich nur deshalb bis 2018 positiv, weil Unternehmen aus dem Ausland ihr Investitionsengagement in Deutschland steigerten. Seither zeigt jedoch der Trend bei den Kapitalzuflüssen abwärts.

Die jüngsten Zahlen bedeuten für die Bundesrepublik im internationa-

Deutschland verliert Unternehmenskapital

Zu- und Abflüsse an Direktinvestitionen nach und aus Deutschland in Millionen Dollar

	Zuflüsse	Abflüsse	Saldo
2013	12.771	39.512	-26.741
2014	-471	86.603	-87.074
2015	20.335	88.760	-68.425
2016	22.658	70.719	-48.061
2017	48.287	85.894	-37.608
2018	71.978	97.056	-25.079
2019	52.682	151.074	-98.392
2020	56.076	50.510	5.567
2021	46.462	165.157	-118.696
2022	11.039	142.788	-131.749

Direktinvestitionen: Hierzu zählen vor allem Übernahmen, Neugründungen, Reinvestitionen von Gewinnen und Kredite zwischen verbundenen Unternehmen über Ländergrenzen hinweg. Die Beteiligung muss in der Regel mindestens 10 Prozent der Stimmrechte umfassen. Ein negativer Zufluss (wie 2014) kann z. B. zustande kommen, wenn Unternehmen in Deutschland mehr Kredite von verbundenen ausländischen Unternehmen getilgt als neu aufgenommen haben.

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

len Vergleich einen unrühmlichen Spitzenplatz (Grafik):

Von den 46 Volkswirtschaften, die das Institut der deutschen Wirtschaft verglichen hat, verzeichnete im Jahr 2022 kein Land einen höheren Nettoabfluss an Direktinvestitionen als Deutschland.

Die durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Energiepreissteigerungen und die Unsicherheit über die künftige Energieversorgung dürften für die schlechte deutsche Direktinvestitionsbilanz sicherlich eine Rolle spielen. Unterfüttert wird diese These dadurch, dass die meisten mit deutschem Firmenkapital finanzierten Direktinvestitionsprojekte 2022 in Frankreich realisiert wurden – in einem Land also, das an der Atomkraft festhält und wo deshalb die Energieversorgung als gesichert gilt.

Dennoch dürften noch weitere Gründe für den Kapitalabfluss aus Deutschland relevant sein. Das liegt schon deshalb nahe, weil ein solcher Abfluss – wie erwähnt – bereits in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen war. Im Einzelnen:

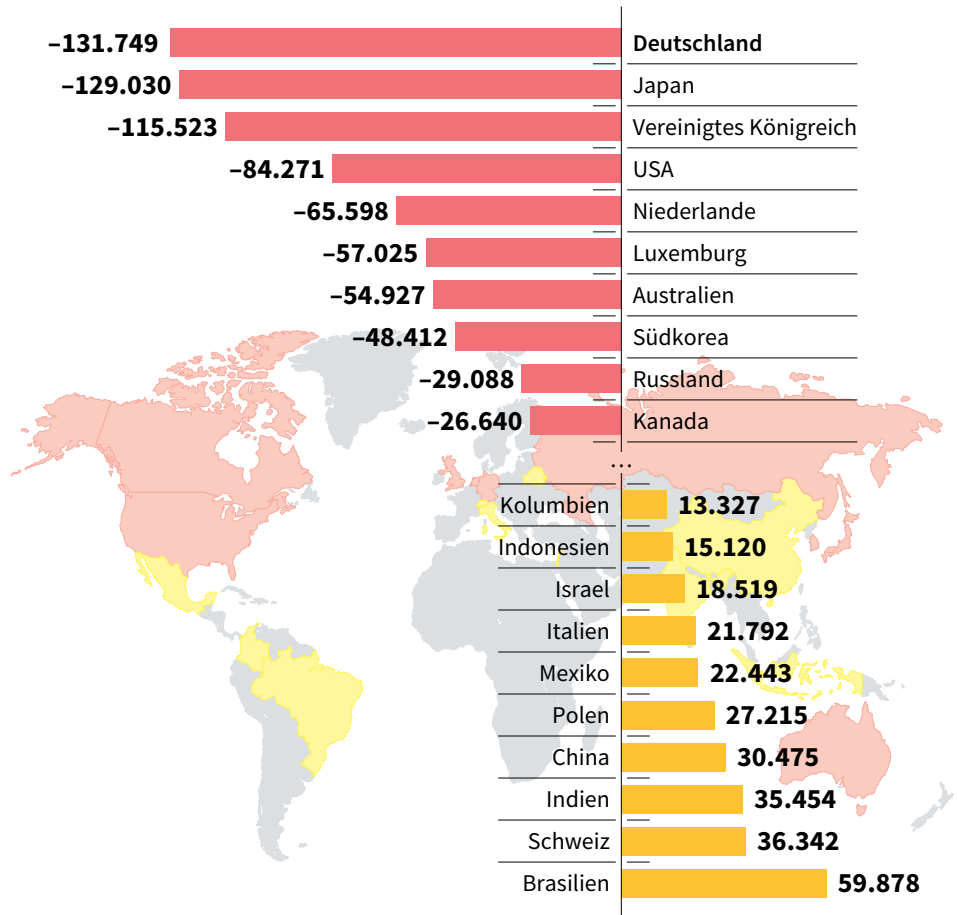
Lage der Automobilindustrie.

Die Autobranche ist in Deutschland eine Schlüsselindustrie, die seit Jahrzehnten viele Arbeitsplätze sichert. Weil die Wirtschaft jedoch klimaneutral werden soll und die Politik in diesem Zuge zum Beispiel 2018 die Abgaswerte verschärft hat, ist die Zukunft des Verbrennungsmotors – auf den sich die hiesigen Kfz-Hersteller spezialisiert hatten – ungewiss. Investoren stellen sich daher die Frage, wie wettbewerbsfähig die deutsche Autobranche künftig sein wird.

Programm „NextGeneration-EU“. Das im Juni 2021 gestartete Programm soll den Mitgliedsstaaten helfen, die Folgen der Pandemie zu überwinden sowie grüner und digitaler zu werden. Dazu gewährt die EU Zuschüsse und Kredite, die

Direktinvestitionen: Die größten Verlierer und Gewinner

Länder mit den höchsten Nettoab- beziehungsweise -zuflüssen an Direktinvestitionen im Jahr 2022 in Millionen Dollar



Direktinvestitionen: Hierzu zählen vor allem Übernahmen, Neugründungen, Reinvestitionen von Gewinnen und Kredite zwischen verbundenen Unternehmen über Ländergrenzen hinweg. Die Beteiligung muss in der Regel mindestens 10 Prozent der Stimmrechte umfassen.

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Investitionen anstoßen sollen. Deutschland gehört allerdings nicht zu den vornehmlich geförderten Ländern, sodass es sein könnte, dass Investoren Kapital abziehen und in Förderprojekte in anderen EU-Staaten umlenken.

Demografie. Neben Deutschland verzeichnete zuletzt auch Japan einen erheblichen Nettoabfluss von Unternehmenskapital – 2022 waren es gut 129 Milliarden Dollar. Und ähnlich wie die Bundesrepublik hat auch das ostasiatische Land mit einer stark alternden Bevölkerung zu kämpfen. Beide Volkswirtschaften leiden daher unter einem massiven

Fachkräftemangel – so ist dieser hierzulande laut einer Umfrage des Bundesverbands der Deutschen Industrie für drei von vier industriellen Mittelständlern aktuell die größte Herausforderung. Da fehlende Fachkräfte das Wachstum beeinträchtigen und Innovationen ausbremsen, ist es plausibel, dass Investoren ihr Engagement an Standorten wie Deutschland oder Japan zunehmend infrage stellen.

IW-Kurzbericht 43/2023
Christian Rusche: Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen
iwkoeln.de/deindustrialisierung-d

Wie gewonnen, so zerronnen

IW-Konjunkturumfrage. Inflationssorgen und geopolitische Unsicherheiten trüben die konjunkturellen Aussichten in Deutschland. Die vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Unternehmen äußern sich daher aktuell deutlich pessimistischer als noch im Frühjahr. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen und Regionen.

Von der zaghaften Zuversicht, die die IW-Konjunkturumfrage im Frühjahr verbreitete, ist ein paar Monate später nur noch wenig übrig (siehe iwd 10/2023). Zwar haben sich die Materialengpässe in der deutschen Industrie deutlich entspannt, doch die Folgen der Energiekrise

sind längst nicht überwunden und die nach wie vor hohe Inflation nagt an der Kaufkraft der Verbraucher. Zudem führen unter anderem die politischen Spannungen zwischen China und den westlichen Staaten dazu, dass viele Unternehmen mit ihren Investitions- und Produktions-

entscheidungen zögern.

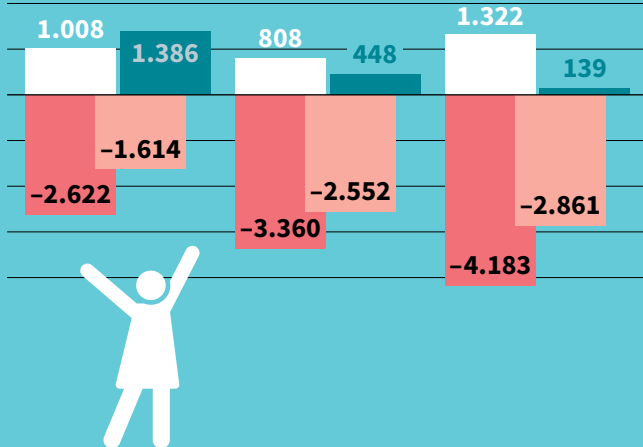
Vor diesem Hintergrund rechnet die Mehrheit der Wirtschaftsforscher inzwischen für das laufende Jahr mit einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Stimmungswandel schlägt sich auch in der aktuellen Konjunkturumfrage des IW

Wie der Staat entlastet hat

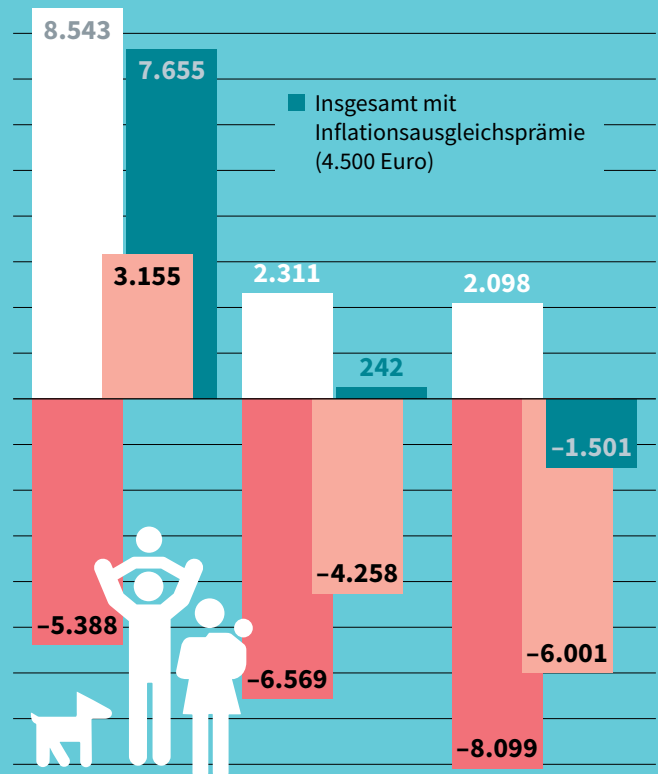
Belastungen dieser Bevölkerungsgruppen durch die Inflation und Entlastungen durch die staatlichen Maßnahmenpakete in den Jahren 2022 und 2023 in Euro

■ Belastungen ■ Staatliche Entlastungen ■ Insgesamt
■ Insgesamt mit Inflationsausgleichsprämie (3.000 Euro)

Singles mit einem Bruttojahreseinkommen von
25.000 Euro 45.000 Euro 75.000 Euro



Familien mit einem Bruttojahreseinkommen von
40.000 Euro 70.000 Euro 120.000 Euro



Staatliche Maßnahmenpakete: u. a. Preisbremsen für Strom und Gas; Familien: mit zwei Kindern unter 14 Jahren, Berechnung unter der Annahme, dass ein Elternteil Vollzeit und der andere Teilzeit arbeitet

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

nieder. Die zentralen Ergebnisse (Grafik):

Gut ein Drittel der befragten Unternehmen stuft die aktuelle Geschäftslage im Vorjahresvergleich als schlechter ein, nur knapp ein Viertel sieht eine Verbesserung. Kaum positiver fällt der Blick auf den weiteren Jahresverlauf aus.

Bezüglich der Investitionen halten sich Optimismus und Pessimismus einigermaßen die Waage. Doch wenn man berücksichtigt, dass die Investitionstätigkeit in den vergangenen (Corona-)Jahren schwach war, ist der ausbleibende klare Aufwärtstrend eine schlechte Nachricht. Die Beschäftigungsperspektiven sind zwar ähnlich verhalten, doch das lässt sich angesichts der schwachen Konjunktur immerhin als Signal deuten, dass der Arbeitsmarkt stabil ist.

In den einzelnen Wirtschaftssektoren fallen die Umfrageergebnisse recht unterschiedlich aus:

Industrie. Verglichen mit der IW-Umfrage vom Frühjahr sehen die Industriefirmen inzwischen deutlich skeptischer nach vorn (Grafik):

Gut vier von zehn Industrieunternehmen rechnen für das Gesamtjahr 2023 mit einer rückläufigen Produktion, nur noch drei von zehn werden ihre Fertigung voraussichtlich ausweiten.

Vor allem die Hersteller von Konsum- und von Grundstoffgütern sind überwiegend pessimistisch. Erstere leiden insbesondere unter der inflationsbedingten Zurückhaltung der Verbraucher, Letztere zudem unter Produktionseinschrän-

kungen infolge der Energiekrise. Weiterhin recht positiv ist das Stimmungsbild allein bei den Produzenten von Investitionsgütern wie Maschinen und Fertigungsanlagen – diese Firmen bauen darauf, dass es in vielen Bereichen in Deutschland inzwischen einen großen Nachholbedarf in Sachen Investitionen gibt. Im Verarbeitenden Gewerbe selbst wollen immerhin fast genauso viele Betriebe in diesem Jahr mehr investieren wie ihr Investitionsbudget kürzen.

Dienstleistungen. Hier hat sich die Stimmung ebenfalls erheblich eingetrübt, allerdings überwiegen nach wie vor jene Unternehmen, die einen geschäftlichen Aufwärtstrend sehen. Das Gefälle innerhalb des Sektors ist jedoch groß:

Im Handel übersteigt der Anteil der negativen Geschäftserwartungen jenen der positiven Einschätzungen um 30 Prozentpunkte – in der Informations- und Kommunikationswirtschaft liegen dagegen die Optimisten um 27 Prozentpunkte vorn.

Insgesamt ist der Dienstleistungssektor der einzige große Wirtschaftsbereich, in dem nicht nur hinsichtlich der Geschäftstätigkeit, sondern auch mit Blick auf die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung eine Mehrheit der Unternehmen zuversichtlich ist.

Baugewerbe. Ganz anders ist die Lage im Bausektor, in dem die Unternehmen – wie schon im Frühjahr – für 2023 im Vergleich zu 2022 schlechtere Geschäfte, sinkende Investitionen und einen Personalabbau erwarten. Zu den Gründen

gehören die gestiegenen Kosten für Material und Energie, die Zinserhöhungen, welche die Baunachfrage drücken, sowie fehlende Fachkräfte.

Das Branchenmuster liefert auch eine Erklärung für die unterschiedlichen Konjunkturerwartungen in den einzelnen Regionen Deutschlands. Zwar überwiegen in allen vom IW definierten Wirtschaftsräumen jene Unternehmen, die einen negativen Produktionstrend befürchten. Besonders groß ist die Mehrheit der Pessimisten allerdings unter anderem in Baden-Württemberg sowie im Raum Süd-West (Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland). In diesen beiden Regionen spielen energieintensive Wirtschaftszweige wie beispielsweise die chemische Industrie eine große Rolle – und diese Branchen haben in besonderem Maß mit den Folgen der Energiekrise zu kämpfen (siehe iwd 14/2023).

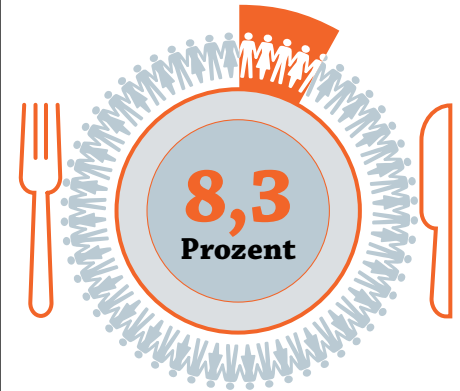
IW-Policy Paper 6/2023

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Judith Niehues, Maximilian Stockhausen:
Auswirkungen der Entlastungspakete in der Energiepreiskrise
[iwkoeln.de/entlastungspakete](https://www.iwkoeln.de/entlastungspakete)

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

der Bevölkerung in der EU konnten sich im Jahr 2022 laut Eurostat nicht einmal jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten, die Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Komponente enthielt. Gegenüber 2021 erhöhte sich der Anteil um 1 Prozentpunkt.

Am häufigsten müssen die Menschen in Rumänien und Bulgarien drastisch am Essen sparen – dort haben gut 22 Prozent der Bevölkerung nicht genug Geld, um wenigstens alle zwei Tage eine Hauptmahlzeit auf den Tisch zu bringen. In Deutschland liegt der Wert mit gut 11 Prozent ebenfalls über dem EU-Durchschnitt. In Irland, Zypern und Luxemburg geben dagegen weniger als 2 Prozent der Befragten an, auf ein regelmäßiges „richtiges“ Essen verzichten zu müssen.

Europaweit ist der Anteil bei der armutsgefährdeten Bevölkerung besonders hoch, also bei jenen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Im Schnitt können fast 20 Prozent der armutsgefährdeten EU-Bürger nicht mal jeden zweiten Tag eine komplette Hauptmahlzeit bezahlen. In Bulgarien sind es sogar 45 Prozent, in Deutschland 24 Prozent. Und in keinem EU-Land liegt der Anteil unter 5 Prozent.

Top-Liste: Abwasserranking

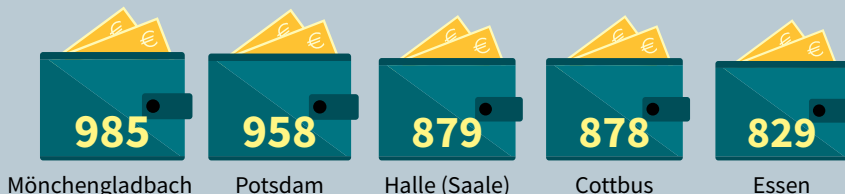
Die Abwassergebühren und -beiträge in Deutschlands 100 größten Städten unterscheiden sich gewaltig: In Mönchengladbach, der bundesweit teuersten Abwasserstadt, sind sie mit 985 Euro fast viermal so hoch wie in der günstigsten Stadt, Worms, die für den durchschnittlichen Verbrauch einer vierköpfigen Familie 245 Euro im Jahr berechnet. Worms war auch im vorherigen Abwasserranking von 2020 mit 240 Euro die Stadt, die die niedrigsten Gebühren für das Einleiten von Schmutz- und Niederschlagswasser ins Kanalsystem verlangte. Ludwigsburg hat seine Gebühren seit 2020 nicht erhöht und landet mit 288 Euro im jüngsten Ranking erneut auf dem zweiten Platz. Potsdam, die mit 940 Euro teuerste Abwasserstadt der Vorgängererhebung, belegt nun mit jährlich 958 Euro Gebühren den vorletzten Platz.

Gebühren: Wo Abwasser am meisten kostet

In diesen Städten sind die jährlichen Abwassergebühren in Euro im Jahr 2023 für einen Haushalt mit vier Personen ...



... am höchsten



... am niedrigsten



Vierpersonenhaushalt: mit einem durchschnittlichen jährlichen Frischwasserverbrauch von 182,5 Kubikmetern

Quelle: IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd

iwd